

Wahlprogramm
zur Landtagswahl 1990
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Brandenburg

„Das liberale Brandenburg“

Quelle/Zitierweise: ADL, Druckschriftenbestand; Signatur D1-1275
Archiviert als PDF-Dokument; Signatur IN5-233

Das liberale Brandenburg.

*Programm der F.D.P. zu den Landtagswahlen
am 14. Oktober 1990*



*D1-1275

Mit dem Liberalismus wurden die Ideen der Aufklärung zur politischen Bewegung im Deutschland des 19. Jahrhunderts.

Die historischen Verdienste der Liberalen sind heute unbestritten:

Liberalen haben die Macht der absoluten Herrscher gebrochen und die Freiheitsrechte der Bürger erkämpft. Liberalen haben die Revolution des Herbstes 1989 mitgetragen und gestalten das Heute in unserem Lande aktiv mit.

Das vereinigte Deutschland muß ein liberales Deutschland werden!

Die freie Entfaltung des Einzelnen ist Garant für Menschenwürde und Gemeinwohl aller.

Zur Freiheit gehört Verantwortung. Ohne Bildung gibt es keine Freiheit. Die Freiheit muß in allen gesellschaftlichen Bereichen verwirklicht werden. Das heißt, daß wir für Rechtsstaatlichkeit, eine offene Gesellschaftspolitik und eine ökologisch orientierte soziale Marktwirtschaft eintreten.

Wir wollen so wenig Staat wie möglich, das heißt: nur soviel Staat wie nötig.

Die Menschen in unserem Land wollen wir davon überzeugen, daß nur eine Gesellschaft aktiver Bürger mit Mut und Zuversicht den Wandel bewältigen und die Zukunft aktiv gestalten wird. Mit einem wirtschaftlich starken Brandenburg wollen wir die Einheit Deutschlands mitgestalten.

Wer liberal wählt, entscheidet sich

für persönliche Freiheit

gegen Kollektivismus
und Klassendiktatur

für liberale Toleranz

gegen linke und rechte
Machtideologien

für Frieden, Humanismus
und Menschenrechte

gegen Rüstungswahnsinn,
Rassen- und Völkerhaß

für ein gesundes Heimat-
bewußtsein in einem ge-
einten Deutschland und
Europa

gegen Chauvinismus,
Neofaschismus und
Neostalinismus

für Demokratie und
Selbstverwaltung

gegen die Führungsarro-
ganz einer Partei und die
Allmacht des Staates

für Rechtsstaatlichkeit
durch Gewaltenteilung

gegen einen Polizeistaat
und Machtausübung
durch eine Klasse

für Recht und Gesetz-
lichkeit

gegen Gewalt, Anarchie
und Selbstjustiz

für Marktwirtschaft in
sozialer Verantwortung

gegen sozialistische Pla-
nungsbürokratie und
verwaltete Versorgungsmängel

für Belohnung von Lei-
stung und Initiative

gegen Gleichmacherei
und Gängelei

für Schutz der Alten,
Kranken und Schwachen

gegen Herzlosigkeit
und Ausgrenzung

für eine ökologisch
kontrollierte Wirtschaft

gegen Mißbrauch der
Natur und Zerstörung
der Umwelt

für Kreativität und
Talentförderung

gegen verordnetes
Duckmäusertum und
Mittelmaß

für eine weltoffene Wissen-
schaft, Bildung und Kultur

gegen staatliche Regle-
mentierung und Willkür

für die Freiheit des Wortes

gegen Zensur und Unter-
drückung der Meinungs-
vielfalt

Für eine liberale Politik in den Bereichen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

Wir wollen

- Berlin als Hauptstadt des geeinten Deutschlands,
- die kommunale Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden, wofür die Schaffung kommunalen Eigentums und die finanzielle Unabhängigkeit die Voraussetzungen bilden,
- eine effektiver gestaltete und für die Bürger durchschaubare Verwaltung,
- die Möglichkeit, daß die Bürger direkt durch Volksentscheid zum politischen Meinungsbildungsprozeß beitragen können,
- eine unabhängige regionale Medienlandschaft und Meinungsvielfalt,
- den entschiedenen polizeilichen Schutz aller Bürger durch Ausschöpfung der gesetzlichen Möglichkeiten,
- die Probleme, die sich aus dem Zusammenleben mit ausländischen Bürgern ergeben, sachlich klären und mit aller Kraft einer Ausländerfeindlichkeit entgegenwirken,
- Die völlige Gleichberechtigung der sorbischen Mitbürger.

Für eine liberale Politik im Bereich Wirtschaft

Wir wollen

- Wettbewerb statt Regulierung, Förderung statt Subventionen und konsequente Privatisierung,
- die freie Verfügbarkeit über Grund und Boden zur Schaffung von Arbeitsplätzen,
- die Erschließung zusätzlicher Arbeitsplätze durch Neuansiedlung von Betrieben und Erweiterungsinvestitionen,
- die zielgerichtete Förderung des Mittelstandes als wesentlichen Innovationsträger in der Wirtschaft,
- umfassenden Rechtsschutz für das Privateigentum,
- die flexible Gestaltung des Arbeitslebens, um Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und Wünsche der Beschäftigten in Einklang zu bringen,
- die Entwicklung eines den Bedürfnissen des Marktes angepaßten Ausbildungs- und Umschulungssystems.

Für eine liberale Politik in den Bereichen Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft

Wir wollen

- die Erhaltung landwirtschaftlicher Arbeitsplätze durch Entflechtung unrentabler und unüberschaubarer Produktionseinheiten,
- für die Landwirtschaftsbetriebe aller Eigentumsformen eine echte Chance zur

Anpassung und Umstrukturierung durch zweckgebundene Förderungsmittel aus EG-Fonds und dem Agrarhaushalt des Landes,

- Liquiditätshilfen für sanierungswürdige Betriebe in einer angemessenen Übergangszeit,
- rasche Modernisierung der Verarbeitungsindustrie zur Sicherung des Inlandabsatzes,
- die Entwicklung eines Marketings, das den Erfordernissen des EG-Agrarmarktes entspricht,
- die Einbeziehung unrentabler Nutzflächen in Konzepte zur Landschaftsgestaltung, Gewerbeansiedlung und Tourismusförderung,
- die Umschulung von Arbeitskräften aus der landwirtschaftlichen Primärproduktion für Tätigkeiten in der Produktverarbeitung und -vermarktung sowie in anzusiedelnden Dienstleistungs- und Gewerbebetrieben,
- die Rekultivierung der Truppenübungsplätze und Sicherung ihrer allgemeinen Zugänglichkeit.

Für eine liberale Politik im Bereich des Umweltschutzes

Wir wollen

- eine ökologisch orientierte Wirtschaft,
- ein innovatives Wirtschaftswachstum, weil nur so Umweltschutzmaßnahmen zu finanzieren sind,
- betriebswirtschaftliche Anreize für Umweltvorsorge und -schutzmaßnahmen, indem die Nutzung von Naturressourcen und der Ausstoß von Abprodukten zu wesentlichen Kostenfaktoren werden,
- der Umweltmedizin einen wesentlich höheren Stellenwert im Rahmen des Umweltschutzes beimessen,
- umweltverträgliche Energieerzeugungstechnologien unter Einbeziehung der Region Berlin,
- den Erhalt von kulturhistorisch bedeutsamen Ortschaften, insbesondere in der Region Cottbus,
- ein Sofortprogramm zur Verbesserung der Luftqualität,
- ein mittelfristiges Programm zur schrittweisen Erreichung der EG-Normen für Emissionen,
- besondere Maßnahmen gegen Umwelt- und Gesundheitsgefährdungen - zunächst für die Stahl- und Walzwerke Brandenburg und Henningsdorf, die Großkraftwerke im Raum Cottbus, das Schichtpreßstoffwerk in Bernau, das Gaskombinat "Schwarze Pumpe" und die Spreelawerke in Spremberg,

- den umfassenden Schutz des Grundwassers - besonders in Trinkwassereinzugsgebieten,
- die schrittweise Sanierung stark belasteter Flüsse,
- die Ablösung der bisherigen Rieselfeldwirtschaft,
- eine umweltverträgliche Güllewirtschaft, den maßvollen Einsatz von Kunstdünger und Pestiziden,
- eine marktwirtschaftliche Erfassung und Verwertung von Sekundärrohstoffen,
- eine komplexe umweltschonende Verwertung zur Beseitigung von Abfällen,
- die Sanierung von Alt- und Neulaststandorten,
- eine ökologisch orientierte Entwicklung der Städte und Gemeinden durch Förderung von Siedlungsgrün, Verkehrsberuhigung, lärmarmen Technologien und Standortplanung nach ökologischen Gesichtspunkten,
- Entwicklung des Spreewaldes und der Schorfheide zu Biosphärenreservaten,
- einen sanften, umweltverträglichen Tourismus, der die typisch märkische Landschaft nicht schädigt,
- komplexe Umweltüberwachungssysteme - vor allem in Ballungsgebieten - und eine umfassende Information der Öffentlichkeit über Umweltdaten,
- den umweltbewußten Bürger.

Für eine liberale Politik in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Kultur

Wir wollen

- die freie Entfaltung von Bildung, Wissenschaft und Kultur, die von der Individualität der Schüler, Lehrlinge, Studenten, Pädagogen, Wissenschaftlern und Künstlern ausgeht, und die jedem die Chance eröffnet, sich als würdige und tatkräftige Persönlichkeit in das Gemeinwesen einzubringen,
- die demokratische Mitbestimmung durch Eltern, Schüler, Lehrlinge und Studenten,
- die Wiedereinführung des traditionellen Beamtentums, wobei Kriterien künftiger Personalentscheidungen fachliche Kompetenz, charakterliche Eignung und Verfassungstreue sind,
- als Kernstück der 10-jährigen Schulpflicht eine in sich differenzierte Gesamtschule als allgemeinbildende Schule,
- die schrittweise Einführung einer sechsjährigen zum Abitur führenden Stufe, die an Gesamtschulen angesiedelt ist bzw. als eigenständiges Gymnasium existiert; dabei ist eine wesentliche Erweiterung des Abiturangebotes anzustreben,
- die Bildung von Schulen auch in freier Trägerschaft,
- den Ausbau von Sonderschulen für alle Arten und Stufen der Behinderung bei gleichzeitigem Ausschöpfen aller Mög-

lichkeiten der Integration behinderter Kinder in Normalschulen,

- den Erhalt der Kindergarten- und Hortplätze und der Schulspeisung für jedes Kind bei Beteiligung des Landes an den Kosten nach sozialen Gesichtspunkten,
- eine breite mittelstandsfördernde Berufsausbildung mit neuen Möglichkeiten von Berufs- und Bildungsabschlüssen, z.B. die Einführung von Fachoberschulen als Voraussetzung für den Besuch von Fachhochschulen,
- die Förderung der eigenverantwortlichen Tätigkeit der Lehrer,
- die Freiheit von Wissenschaft und Forschung,
- die Erhaltung und Förderung der traditionellen Forschungseinrichtungen,
- die öffentliche Ausschreibung aller wissenschaftlichen Führungspositionen an Einrichtungen der Lehre und Forschung,
- eine enge Kooperation zwischen Hochschulen und Forschungsinstituten,
- neben der Grundlagenforschung eine wirtschafts- und sozialorientierte Forschung,
- eine Umbewertung und Erweiterung des geisteswissenschaftlichen Bereiches in Lehre und Forschung,
- eine Brandenburgische Landesuniversität in Potsdam, eine Technische Hochschule in Cottbus sowie Fachhochschulen, u.a. eine für Sozialarbeit und Sozialpädagogik in Frankfurt/O.

Wir wollen:

- die volle Freiheit des humanistischen künstlerischen Schaffens,
- die Verbesserung der Bedingungen für ein reiches Theater- und Konzertleben, u.a. durch den zügigen Fortgang des Theaterneubaus in Potsdam,
- den Schutz und die Wiederherstellung der typisch märkischen Denkmale und der kulturhistorischen Bausubstanz, z.B. den Ausbau der Marienkirche in Frankfurt/O.,
- den Erhalt und die Rekonstruktion von Schloß- und Parkanlagen im gesamten Land Brandenburg,
- den Erhalt und den Ausbau von Museen, Bibliotheken und Archiven sowie den Aufbau eines Landesmuseums,
- die Weiterführung der Filmproduktion in Potsdam-Babelsberg nach wirtschaftlich vertretbaren Gesichtspunkten,
- die Weiterführung der staatlichen Stützung und eine gezielte Sponsorentätigkeit für kulturelle Einrichtungen,
- die öffentliche Förderung des künstlerischen Nachwuchses und des Laienschaffens.

Wir wollen:

- die Verankerung von liberalem, demokratischem und humanistischem Gedanken- gut in der Kinder- und Jugendarbeit sowie unabhängige Jugendverbände ohne poli-

- tische Bevormundung und staatliche Reglementierung,
- die Durchführung der Olympischen Spiele in Berlin und schlagen die Ausrichtung einiger Disziplinen in Brandenburg und Potsdam vor.

Für eine liberale Politik in den Bereichen Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr

Wir wollen:

- die konsequente Einbeziehung der Betroffenen in die Planung von Gestaltungs- bzw. Umgestaltungsmaßnahmen,
- Lenkung des Bau- und Investitionswillens auf menschenwürdiges Wohnen und zur Ansiedlung und Förderung des Mittelstandes unter Beachtung der Umweltproblematik,
- Sicherstellung von Sozialwohnungen in ausreichender Zahl,
- Förderung der Stadtkernerneuerung, d.h. der städtebaulichen Entwicklung bei Sanierung historischer Baustrukturen,
- Erhalt des dörflichen Charakters in den Landgemeinden durch Förderung des 1- und 2-Familienhausbaus,
- Förderung der Wohnungseigentumsbildung zu günstigen Bedingungen für bisherige Mieter,
- Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur durch Ausbau der Verkehrswege und Serviceeinrichtungen,

- Ausbau und effektive Nutzung des Eisenbahnhochgeschwindigkeitsnetzes, der Autobahnen und Flugverbindungen unter Beachtung ökologischer Aspekte,
- Förderung und Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs bei einer Mindestbedienung kleiner Siedlungen,
- behindertengerechte Gestaltung aller neuen Verkehrsanlagen einschließlich einer umfassenden Nachrüstung der vorhandenen,
- Ausbau leistungsfähiger, bedarfsgerechter und sicherer Radwegnetze einschließlich Serviceleistungen für Fahrräder,
- die umfassende Ausstattung der Haushalte, Betriebe und Einrichtungen mit einem modernen Telefonnetz.

Für eine liberale Politik in den Bereichen Gesundheits- und Sozialwesen

Wir wollen:

- sowohl die freie Niederlassung von Ärzten, Zahnärzten und Apothekern als auch die Erhaltung der Polikliniken für eine Übergangsphase.
- Wir treten ein für die Wiederbelebung des Hausarztprinzips und sind für die Modernisierung der stationären Einrichtungen.
- fördernde Maßnahmen zur prophylaktischen medizinischen Betreuung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen der normalen ärztlichen Versorgung,

- eine umfassende Integration der Behinderten in das Alltagsleben,
- den verstärkten Bau von Heimen für Schwerstbehinderte und von Behindertentagesstätten,
- einen Behindertenbeauftragten in der Landesregierung,
- die Ausbildung und den Einsatz qualifizierter Sozialarbeiter,
- Beratungsstellen für Suchtkranke,
- die aktive Einbeziehung älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger in das öffentliche Leben,
- den Neubau von Alters- und Pflegeheimen unterschiedlicher Eigentumsformen,
- die Absicherung finanzieller Unabhängigkeit älterer Mitbürger,
- eine flexible Gestaltung von Wohnformen, die eine Trennung der Generationen vermeiden,
- ein dichtes Netz von Familienberatungsstellen,
- die Anerkennung Homosexueller als gleichberechtigte Bürger,
- die besondere Unterstützung alleinerziehender Mütter und Väter, u.a. durch soziale Absicherung bei anstehenden Kündigungen,
- selbstverwaltete und vom Land finanzierte Frauenhäuser für Notsituationen.

F.D.P. - liberal denken

F.D.P. - sozial handeln

F.D.P. - deutsch fühlen

F.D.P. - demokratisch regieren

F.D.P. - europäisch orientieren